

Ägide: Schirmherrschaft, Leitung (Seite 36)

Arbeits- und Sozialrechts-Änderungsgesetz (ASRÄG): Anfang 1998 in Kraft getretenes Gesetz, mit dem rund 15 Gesetze abgeändert wurden, unter anderem erfolgte dadurch eine Neuformulierung des Dienstnehmerbegriffs. (Seite 25)

Betriebsänderung: wenn ein Betrieb oder Betriebsteil stillgelegt, eingeschränkt oder mit einem anderen Betrieb zusammengeschlossen wird, wenn ein Betrieb aufgespalten wird, der Betriebszweck oder die Betriebsorganisation geändert oder grundlegend neue Arbeitsmethoden eingeführt werden. (Seite 35)

Betriebsübergang: Wechsel des Inhabers oder Pächters eines Betriebes oder Betriebsteils durch eine rechtsverbindliche Vereinbarung. Die entsprechenden europarechtlichen Richtlinien aus den Jahren 1977 und 2001 haben zu einer weitgehenden Vereinheitlichung dieses Begriffs im gesamten Rechtsraum der EU geführt und zu einer Angleichung der einzelnen nationalen Rechtsvorschriften, welche die Rechte und Pflichten von ArbeitgeberInnen und ArbeitnehmerInnen bei einem Betriebsübergang regeln. (Seite 35)

Dotcom-Blase: Von den Medien kreierter Begriff für die im März 2000 geplatze Spekulationsblase, wovon vor allem die sogenannten Dotcom-Unternehmen der New Economy betroffen waren. Die Dotcom-Blase war durch zahllose Firmengründungen und einen wahren Boom infolge der starken Verbreitung von Computern, Internet und Handys Mitte der 1990er-Jahre entstanden. (Seite 16)

Drittmittel: Jene Anteile an der Finanzierung von konkreten Forschungsvorhaben von Universitäten, die nicht aus dem Etat des zuständigen Ministeriums stammen (diese Mittel sind die Erstmittel). Der Begriff Drittmittel bezeichnete ursprünglich alle finanziellen Zuwendungen, die durch Dritte außerhalb der Beziehung ForscherIn – Universität erfolgten. Teilweise wird heute unterschieden zwischen Zweitmitteln (Forschungsfinanzierungen durch öffentliche Einrichtungen) und aus der Privatwirtschaft kommenden Drittmitteln. Hier besteht zum Teil das Risiko von Einflussnahme durch GeldgeberInnen, die etwa aus der Industrie kommen. Die meisten Universitäten haben bereits eigene MitarbeiterInnen zum Akquirieren von Drittmitteln. (Seite 25)

Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR, auch EuGHMR): auf Grundlage der 1953 in Kraft getretenen Europäischen Menschenrechtskonvention eingerichteter Gerichtshof mit Sitz in Straßburg; ihm unterstehen jene insgesamt 47 europäischen Länder, die die Konvention unterzeichnet haben. Der EGMR wurde 1959 gegründet, gewann aber nach seiner grundlegenden Reform 1998 deutlich an Einfluss. (Seite 9)

European Youth Forum: 1996 gegründete internationale Jugendorganisation, die hauptsächlich mit der EU und der UNO zusammenarbeitet, um die Anliegen junger Menschen zu vertreten. Das Forum hat derzeit 99 Mitglieder, nationale und internationale Jugendorganisationen. Die Zusammenarbeit mit den EU-Institutionen erfolgt über das Youth Forum of the European Union (YFEU). www.youthforum.org (Seite 29)

Fonds Soziales Wien: Der Fonds Soziales Wien (FSW) fördert und vermittelt im Auftrag der Stadt Wien Leistungen für Menschen mit Behinderung, mit Pflege- und Betreuungsbedarf, für Wohnungslose und für Menschen, die in Wien um Asyl ansuchen. Rund 100.000 Personen werden pro Jahr vom FSW und seinen Partnerorganisationen unterstützt. Die Tochtergesellschaften des FSW bieten Schuldnerberatung, Hauskrankenpflege, Tageszentren für SeniorInnen sowie Wohnmöglichkeiten für Wohnungslose an. Der FSW wurde ursprünglich im Jahr 2000 für die Betreuung bei und Prävention von Suchtproblemen gegründet und seitdem mehrmals umstrukturiert. So wurde etwa der Fachbereich „Sucht und Drogen“ 2006 in den Psychosozialen Dienst ausgegliedert. (Seite 24)

Ifte (Initiative für Teaching Entrepreneurship): Initiative, mit der unternehmerische Haltungen geweckt, gefördert und gestärkt werden sollen; der Schwerpunkt liegt bei der LehrerInnenaus- und -fortbildung. Ifte ist auch international tätig – im Rahmen des European Networks for Training Entrepreneurship oder mit Projekten in Südosteuropa. (Seite 44)

Jochmann, Rosa: österreichische Widerstandskämpferin und sozialdemokratische Politikerin (1901–1994), arbeitete mit 14 Jahren in einer Wiener Süßwarenfabrik, 1920 wurde sie Betriebsrätin in einer Firma für Gasglühstrümpfe. 1932 Zentralsekretärin der Sozialistischen Frauen Österreichs, von 1934–1939 mehrmals verhaftet, danach ins KZ deportiert. 1945 bis 1967 war Jochmann NR-Abgeordnete, danach sprach sie als Zeitzeugin auf Kongressen und in Schulen im In- und Ausland. 1993 hatte sie ihren letzten öffentlichen Auftritt beim Lichtermeer in Wien. (Seite 40)

Kodifikation: systematische Erfassung aller Normen, Fakten etc. aus einem bestimmten Wissensgebiet (Seite 10)

kohärent: zusammenhängend (Seite 9)

KPH: Akronym für Kirchlich pädagogische Hochschule (Seite 44)

Moik, Wilhelmine: österreichische Politikerin (1894–1970), als Tochter einer kinderreichen Arbeiterfamilie lernte sie erst mit 17 Jahren während einer längeren Krankheit lesen. Ab ihrem 18. Geburtstag war sie politisch und gewerkschaftlich engagiert, von 1932–1934 Gemeinderätin, 1938–1941 inhaftiert, 1945–1962 NR-Abgeordnete. Sowohl das Mutterschutzgesetz als auch das Allgemeine Sozialversicherungsgesetz entstanden auf ihre Initiative. (Seite 40)

Nostrifikation: Anerkennung eines ausländischen Exams/Diploms; Einbürgerung. (Seite 32)

Parlamentarische Petition: Im Unterschied zu einer Bürgerinitiative werden Petitionen von Abgeordneten zum Nationalrat oder von BundesrätInnen/-rätInnen überreicht. Petitionen werden im Ausschuss für Petitionen und Bürgerinitiativen behandelt. Der Ausschuss selbst kann Stellungnahmen von Ministerien bzw. anderen Institutionen einholen sowie Hearings mit ExpertInnen/Experten durchführen. Außerdem kann er die Petition an die Volksanwaltschaft oder einen anderen Fachausschuss weiterleiten. Der Aus-

schuss kann aber die Petition auch nur zur Kenntnis nehmen oder von der weiteren Verhandlung Abstand nehmen, wenn der Gegenstand zur weiteren parlamentarischen Behandlung nach mehrheitlicher Auffassung des Ausschusses offensichtlich ungeeignet ist. (Seite 41)

Reinfeldt, Fredrik: schwedischer Politiker, geb. 1965, seit Oktober 2003 Vorsitzender der liberal-konservativen Moderaten Sammlingspartei, 2004 war er treibende Kraft bei der Bildung des bürgerlichen Wahlbündnisses Allianz für Schweden, das die Reichstagswahl 2006 für sich entschied und damit die sozialdemokratische Regierung unter Göran Persson ablöste. Seit Oktober 2006 ist Reinfeldt Ministerpräsident. (Seite 16)

rudimentär: nur in Ansätzen vorhanden, unzureichend (Seite 35)

Sri Lanka: demokratische sozialistische Republik südöstlich von Indien (bis 1972 Ceylon), Hauptstadt: Colombo; die Insel im Indischen Ozean bildete schon in der Antike einen strategischen Knotenpunkt zwischen West- und Südostasien. Heute finden sich in der einstigen britischen Kolonie die verschiedensten Ethnien und Religionen. Der 1983 begonnene Bürgerkrieg zwischen Tamilen und Singhalesen, der fast 100.000 Todesopfer forderte, wurde 2009 offiziell beendet. Genaue Aufklärung über während dieser Zeit begangene Menschenrechtsverletzungen beider Parteien wird u. a. von der UNO gefordert, von der Regierung in Sri Lanka aber abgelehnt. Haupteinnahmequellen: Tourismus, Tee, Kaffee, Kautschuk. (Seite 37)

Übernahmekommission: Bei öffentlichen Angeboten zum Kauf von Wertpapieren börsennotierter Unternehmen besteht ein Schutzbedarf für die MinderheitsaktionärInnen, aber auch der Bedarf an geordneten Abläufen im Interesse der Zielgesellschaft und des Kapitalmarktes. Das Übernahmegesetz (ÜbG) legt zum Beispiel fest, welche Informationen in der Angebotsunterlage enthalten sein müssen und welche Mindestlaufzeit ein solches Angebot haben muss. Außerdem soll damit der Ausnützung von Wissensvorsprüngen durch mögliche InsiderInnen vorgebeugt werden. Zur Durchführung der Aufgaben nach dem ÜbG ist bei der Wiener Börse AG eine unabhängige Übernahmekommission eingerichtet worden. Sie besteht aus zwölf nebenberuflichen Mitgliedern und einer Geschäftsstelle. Ihre Aufgabe ist im Wesentlichen die Kontrolle des gesamten Angebotsvorganges und die Beurteilung der Frage, ob ein Pflichtangebot zu stellen ist. www.takeover.at (Seite 8)

Wiener Wohnen: Unternehmung zur Verwaltung, Sanierung und Bewirtschaftung der städtischen Wohnhausanlagen, dazu zählen vor allem rund 220.000 Gemeindewohnungen in ganz Wien, außerdem ca. 6.000 Lokale und 47.000 Garagen- und Abstellplätze. Die zuvor auf mehrere städtische Dienststellen aufgeteilten Agenden wurden Ende 1996 in der neu gegründeten Magistratsabteilung 17 zusammengefasst, die 1999 im Magistrat als Unternehmung (mit eigenem Rechnungskreis, aber nicht ausgliedert und nach wie vor unter politischer Verantwortung eines amtsführenden Stadtrates) konstituiert wurde. (Seite 24)